

## Historische Einordnung der Ost- und Entspannungspolitik der SPD

Über Jahrzehnte hinweg galt die Ost- und Entspannungspolitik der SPD als Erfolgsmodell: von Willy Brandt entworfen und begonnen, von Helmut Schmidt fortgesetzt und von Helmut Kohl übernommen, ohne Grundlegendes zu ändern. Aber seit dem russischen Überfall auf die Ukraine steht Willy Brandt bei vielen mehr für Wehrhaftigkeit als für Entspannung, es wird nun in den Vordergrund gestellt, was kaum noch jemand im Gedächtnis hatte und auch in der SPD verdrängt worden war: dass unter Brandt und Schmidt mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts in den Verteidigungsetat flossen. Auch die Gegner von Waffenlieferungen an die Ukraine berufen sich auf die Ostpolitik, in der das Bemühen um friedliche Lösungen vor allem anderen gestanden habe. Und dann gibt es noch diejenigen, die in der Ostpolitik den Keim für ein angebliches Appeasement gegenüber Wladimir Putin zu erkennen glauben. Gegensätzlicher könnten die Urteile kaum ausfallen.

Deshalb gilt es, den historischen Kontext in Erinnerung zu rufen. Die Außenpolitik der SPD seit den Sechzigerjahren hatte immer eine politisch-diplomatische und eine militärische Komponente. Deshalb ist es verfehlt, heute das eine gegen das andere auszuspielen. Die Ostpolitik war die Reaktion auf den Bau der Mauer 1961 und die Kuba-Krise 1962, sollte den Frieden sichern und die nationale Einheit der Deutschen wahren. Der „Wandel durch Annäherung“, eine Formulierung von Egon Bahr, sollte nicht beiderseits stattfinden, sondern nur auf der kommunistischen Seite. Willy Brandt ahnte, dass die Formel missverstanden werden könnte und verwendete sie nicht. „Wandel durch Handel“ gehörte ebenso wenig zum Zitatenschatz der SPD, eher zu dem des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft. Sozialdemokraten erkannten damals durchaus Grenzen der Wirtschaftskooperation, nämlich dort, wo „unsere Sicherheit“ gefährdet ist, wie Egon Bahr 1962 sagte – das hätte man bei Nordstream beherzigen sollen.

Die Ostpolitik erreichte ihre Ziele: Durch die Verträge von Moskau und Warschau sowie mit der DDR und durch die KSZE in Helsinki 1975 wurde der Frieden in Europa sicherer, die innerdeutschen Verbindungen konnten ausgebaut werden. Das extreme Gegenbeispiel Korea zeigt, worum es hier ging.

In den Achtzigerjahren ergänzten die Sozialdemokraten ihre Entspannungspolitik um das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“. Die Gegner müssten sich an einen Tisch setzen, um der atomaren Überrüstung ein Ende zu setzen. Mit Appeasement hat das nichts zu tun. Es war die Antwort auf die immer kürzer werdenden Vorwarnzeiten von Atomraketen. Gegenwärtig ist „gemeinsame Sicherheit“ illusionär, denn dazu braucht es den Willen beider Seiten.

In der Kritik steht die Reaktion der SPD auf die oppositionellen Bewegungen im Ostblock. Für Polen hat Egon Bahr in seinen Erinnerungen das Nötige gesagt: „Wir hatten Sorge, wie andere auch, daß ein Einmarsch der Sowjets nicht nur vorbereitet, sondern möglich wäre [...] und den Polen nicht geholfen werden könnte. [...] Wir haben Solidarnosc unterschätzt und nicht ernst genug genommen. [...] Das tut mir leid.“ Soweit Egon Bahr. Aber die SPD hatte kein generelles Problem mit Dissidenten im Ostblock: Die tschechoslowakische Charta '77 erhielt Unterstützung von der Partei, Brandt selbst setzte sich für Dissidenten wie Andrej Sacharow ein.

Die vertrauensbildenden Maßnahmen der Entspannungspolitik trugen dazu bei, dass weder in der DDR noch in der Sowjetunion der Systemwandel durch militärische Hardliner unterdrückt wurde. Der Westen hatte seinen Schrecken bei den regierenden Kommunisten verloren.

1989/90 war das Projekt „Ostpolitik“ an sein erfolgreiches Ende gekommen.

Ich möchte noch auf einen Aspekt eingehen, der bisher in der Diskussion keine Rolle spielte: die Politik von Willy Brandt in der Sozialistischen Internationale. Sie war ein Gegenentwurf zur US-Strategie, insbesondere der von Präsident Reagan. Sozialdemokraten wollten dem „globalen Süden“ zeigen: Es gibt einen anderen „Westen“. Der Irrweg der USA, sich immer wieder an die Seite von Diktatoren zu stellen, wenn sie nur Antikommunisten waren, und Freiheitsbewegungen zu bekämpfen, ist eine von mehreren Keimzellen dafür, dass sich heute manche Länder des Südens in der UNO der Stimme enthalten, wenn es um die Verurteilung Russlands geht. Putin erntet hier, was Reagan gesät hat.

Nach 1989 setzten viele darauf, dass die Methoden der Entspannungspolitik überall und immer zum Erfolg führen. Heute wissen wir, dass dies ein Irrtum war, auch ein Irrtum von uns Sozialdemokraten. Entspannungspolitik setzt voraus, dass sich die Beteiligten an Regeln halten. Putin will, anders als die sowjetische Führung, Grenzen mit Gewalt verändern. Auch wenn

weiterhin jede Chance für diplomatische Lösungen genutzt werden muss, gilt doch: Wir müssen uns wieder auf die beiden Seiten der Ostpolitik besinnen: So viel militärische Stärke wie nötig, so viel Abrüstung und Entspannung wie möglich. Aber alle Verteidigungsanstrengungen wären vergeblich, wenn wir nicht von der Überlegenheit einer demokratischen und sozialen Gesellschaft überzeugt wären und andere davon überzeugen könnten.

Putin hat diese Überlegenheit erkannt, und gerade deswegen führt er den Krieg nicht wegen einiger Quadratkilometer mehr an Sicherheit, sondern aus Angst vor dem Streben der Menschen, auch der Russinnen und Russen, nach Freiheit. Auf welcher Seite heute Willy Brandt stehen würde wissen wir: auf der Seite der Freiheit.